

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 1

Artikel: Die Chancen der Sozialdemokratie
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347667>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Profil

Richard Lienhard

Die Chancen der Sozialdemokratie

Eine neue Definition von Sozialdemokratie?

Im Rahmen einer Monatsversammlung der SP Zürich 11 äusserte sich unlängst Nationalrat Hansjörg *Braunschweig* zum Ergebnis der eidgenössischen Wahlen. Er verfehlte nicht, seiner Enttäuschung über den gesamtschweizerischen Ausgang der Nationalratswahlen Ausdruck zu geben. «Seit Jahrzehnten», so bemerkte er, «bewegt sich die SPS bei eidgenössischen Wahlen um 25 % Stimmenanteil. Die Schweiz ist für mich», so fügte der kantonalzürcherische Parteipräsident bei, «das politisch langweiligste Land.»

Also auswandern? Aber wohin? Bei einem Blick auf die politische Landschaft der übrigen europäischen Staaten erscheint es mehr als fraglich, ob Hansjörg Braunschweig dort so bald seines politischen Lebens froh würde.

Man denke zunächst an die *romanischen* Länder, wo die Chancen für die Linksparteien lange Zeit als besonders günstig beurteilt wurden. Um bei *Frankreich* zu beginnen, so glaubt im Blick auf die nächsten Präsidentschaftswahlen niemand ernsthaft an einen Sieg des alternden Mitterrand. Der eine gemässigte sozialdemokratische Politik vertretende, parteiinterne Konkurrent, der jugendliche Rocard, vermöchte an der Spitze der Partei am ehesten einen Wahlerfolg herbeizuführen. Er wird aber wohl an der Starrheit Mitterrands und des Apparates scheitern. In *Italien* hat die sozialistische Partei anlässlich der letzten Parlamentswahlen eine empfindliche Niederlage erlitten. Und dies vor allem deshalb, weil sie sich von der kommunistischen Partei nicht deutlich genug abzugrenzen verstand und somit um so weniger in die Wählerschichten der Mitte einzudringen vermochte. In *Spanien* ist die Linke ebenfalls zerstritten. Mit viel Glück wurde eine Führungskrise vermieden. Der sehr fähige Sozialist Gonzales konnte sich nur durchsetzen, nachdem er den Dogmatikern in der Partei einige Konzessionen gemacht hatte. Ob es zu einer Synthese der verschiedenen in der Partei wirkenden Strömungen kommen wird, bleibt eher fraglich. In *Portugal* haben die kürzlich durchgeführten Wahlen einen Sieg des Rechtsblocks gebracht. Die Sozialisten gehören zu den eigentlichen Verlierern, und dies nachdem gerade dieses Land die grosse Hoffnung auch der schweizerischen Linken war.

Die *britischen* Wahlen im Mai 1979 brachten die schmerzliche Niederlage der bis dahin regierenden Labour Partei, die nun für längere Zeit auf den harten Bänken der Opposition Platz nehmen muss.

Um zu unsern Nachbarstaaten zurückzukehren: Da ist die *BRD*, wo die Sozialdemokraten ohne Helmut Schmidt wohl keine Chance hätten, die Bundestagswahlen 1980 zu gewinnen. Er war denn auch die überragende Gestalt am jüngsten Parteitag im Dezember 1979. So vermochte er die überaus grosse Mehrheit für seine Vorschläge zu gewinnen: für die begrenzte Ausweitung der Atomstromnutzung und für eine Unterstützung der Natopläne zur Mittelstreckenrüstung. Die Parteilinke unter Führung von Eppler blieb eindeutig auf der Verliererseite.

Schliesslich bleibt noch *Österreich*, das einzige europäische Land, wo die Sozialdemokraten nach wie vor die Mehrheit im Parlament innehaben und die Regierung stellen. Wie dies möglich wurde, darüber dürfte sich auch Hansjörg Braunschweig keinen Illusionen hingeben: Auf rosaroten Samtpfoten ist die SPÖ an die Schalthebel der Macht gelangt. Und auf rosaroten Samtpfoten wird die SPÖ weiterregieren. Die wichtigsten Gesetze der letzten Jahre hat die SPÖ – wenn von der Fristenlösung abgesehen wird – nicht in Konfrontation mit dem politischen Gegner (ÖVP), sondern unter dessen Mitwirkung durchgesetzt. Die marktwirtschaftliche Ordnung wurde von der SPÖ-Regierung nicht angetastet. Das gleiche gilt für die Sozialpartnerschaft.¹

Konservatismus im Aufwind

Wir müssen also zur Kenntnis nehmen: *Der Zeitgeist bläst weltweit in die Segel der Konservativen*. Hat sich dieser Trend bereits anlässlich der letzten eidgenössischen Wahlen ausgewirkt, obwohl in der Schweiz derartige Entwicklungen fast regelmässig mit Verspätung registriert werden? Wie anders liesse sich aber das für die SPS enttäuschende Wahlergebnis erklären? Die Vorzeichen für die Wahlen 1979 waren für die SPS ursprünglich recht günstig. Noch vor einem Jahr wurde ihr bei einer Meinungsumfrage im Blick auf die Nationalratswahlen ein respektabler Vormarsch vorausgesagt. In Zürich war von mindestens zwei, eher aber von drei Mandatsgewinnen die Rede. Diese Prophezeiung entsprach auch den Erwartungen, die man unter Berücksichtigung der «gesellschaftspolitischen Prioritäten im Zeitablauf» (*Reithofer*) hegen durfte. Nach *Reithofer* haben beim Wirtschaftsaufschwung die Liberalen die beste Chance. In Zeiten starker wirtschaftlicher Depression und Rezession profitieren die Konservativen (und nicht, wie man in Linkskreisen so gerne annimmt, die Sozialisten). In den Zeiten nach dem Wirtschaftsaufschwung, in der sogenannten Spätphase, erhalten die sozialisti-

¹ Vgl. *Heinz Fischer*, Vorsitzender der SP-Fraktion im österreichischen Nationalrat, in «Positionen und Perspektiven» (Europa-Verlag).

schen Tendenzen starken Auftrieb.² Sodann bestand Anlass zur Hoffnung, dass ein grosser Teil der Wähler, der seinerzeit aus Protest zur Nationalen Aktion oder zu den Republikanern übergegangen war, wieder zur SPS zurückkehren würde.

Welches sind die *Gründe*, weshalb im Westen Europas das konservative Element an Zugkraft gewonnen hat? Diese Gründe sind gewiss vielfältig. Einige Faktoren seien hier stichwortartig angedeutet.

1. Zu nennen sind da die Ostblockstaaten, wo die sozialistischen Ideale, wenn nicht in der Theorie, so doch in der Praxis, vor den Augen der ganzen Welt *ins Gegenteil verkehrt* werden. Es herrschen dort eigentliche Mandarinensysteme, nach welchen eine kleine elitäre Schicht die absolute Kontrolle über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausübt. Aus einer Diktatur des Proletariats wurde eine «Diktatur über das Proletariat» (Otto Bauer). Die immer wiederkehrenden Dissidentenprozesse mit Urteilen bis zu 12 Jahren Zuchthaus bedeuten für die freie Welt eine zunehmende Provokation. Es zeigt sich, was da alles unter dem Namen Sozialismus möglich ist. Was Wunder, wenn Arbeiter und Angestellte in Westeuropa zweifelnd fragen, ob das nun wirklich der Weg zur Sonne und zur Freiheit sei.

Ins Gewicht fällt aber auch die ständige Bedrohung durch neue sowjetische Nuklearwaffen. Die *hemmungslose Aufrüstung* durch die Warschauer-Pakt-Staaten ist geeignet, die Bevölkerung im Westen zu verunsichern, was natürlich den Konservativen zugute kommt.

2. Was sodann die Mobilisierung konservativer Gegenkräfte begünstigt, ist die Tatsache, dass seit Jahr und Tag in den Linksparteien des Westens unter dem Einfluss der jungen Linken ein verstärkter Hang zu einem sterilen *Dogmatismus* festzustellen ist. Wo die Theorie in die Wirklichkeit hinein interpretiert wird, tritt die Theorie an die Stelle der Welt. Die Ideologie wird so zur Ersatzwelt. In dem Masse als eine Partei einem solchen Einfluss unterliegt, kann sie nicht mehr als offene Partei gelten. Sie läuft so Gefahr, das Feld der mittleren Wählerschichten den Konservativen zu überlassen.

3. Kontraproduktiv hat sich aber auch ausgewirkt, dass dort, wo Sozialisten die Regierungsgewalt übernommen haben, *Erwartungen geweckt* wurden, die nicht erfüllt werden konnten. Ich denke zum Beispiel an das bildungspolitische Programm, das der einstige Bundeskanzler Brandt verkündigt hatte. Auch der frühere portugiesische Ministerpräsident Soares hatte des Guten zuviel versprochen. Hoffnungen, die nicht erfüllt werden, schlagen meist über kurz oder lang in Enttäuschung und Resignation um. Die Nutzniesser davon sind dann die Konservativen.

4. Nicht eben attraktiv wirkt die Sozialdemokratie dort, wo sie den unentwegten Kampf gegen ein kapitalistisches Wirtschaftssystem auf die

² Hans Reithofer, Geschäftsführer des österreichischen Wirtschafts- und Sozialbeirates, in «Die ausgleichende Gesellschaft» (Europa-Verlag).

Fahne schreibt, ohne aber auf die *Alternative* eines überzeugenden, für jedermann verständlichen Wirtschaftskonzeptes verweisen zu können. Wie mancher Arbeiter hat mir schon erklärt: Ja, eure Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem ist gut und recht; aber wo bleibt denn euer konkretes Modell, das mir genügend soziale Sicherheit – z.B. meinen Arbeitsplatz – garantiert?

5. Das in der Bevölkerung lebende *Bedürfnis nach Sicherheit* wird überhaupt in Linkskreisen allzu gerne unterschätzt; deshalb muss sich auch die ständige Polemik gegen jede Art von Autorität in unserem Staat schlussendlich kontraproduktiv auswirken. Das Entwerfen von Feindbildern etwa gegen die Polizei lässt das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ausser acht. Nichts gegen den Versuch, überholte und versteinerte Formen von Autorität abzubauen; aber vor dem undifferenzierten, antiautoritären Soziologismus und Politologismus ist zu warnen. Alle legitimen Autoritätsstrukturen auflösen zu wollen, ist das Wunschdenken der Kommunisten. Auf diese Weise soll die Gesellschaft für den Umsturz reif gemacht werden, d.h. für die Einsetzung der *absoluten und endgültigen Autorität*, der Diktatur der linksradikalen Heilsbringer. Dass dadurch den politischen Rechtsparteien der Weg geebnet wird, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Das Elend der Linkssozialisten

Dieser Titel stammt – mit Verlaub gesagt – nicht von mir, sondern er floss aus der Feder eines namhaften österreichischen Linkssozialisten, Eduard März, Professor für Sozial- und Wirtschaftswissenschaft. Dieser hervorragende Publizist geht soeben im Organ der SPÖ «Zukunft» (Oktober 1979) mit seinen linkssozialistischen Parteifreunden hart ins Gericht. Er, der es schliesslich wissen muss, wirft seinen Genossen vor, sie seien einem unfruchtbaren Dogmatismus verfallen. Am Beispiel von Vietnam weist März überzeugend nach, wie sehr sich ein grosser Teil der Linkssozialisten in eine Dogmatik verstrickt hat und die harte Wirklichkeit nicht mehr anerkennen will. Man komme nicht darum herum, so folgert März, alte, liebgewordene Illusionen zu zerstören. Er stellt unerbittlich die Frage: Welcher Stellenwert kommt einem Regime zu, das kurze Zeit nach dem Sieg über die USA seinerseits die imperialistische Vorherrschaft – unter offener Unterstützung seines russischen Protektors – im indochinesischen Raum anstrebt? Schliesslich wirft März seinen Genossen vor, dass sie es bis heute nicht verstanden hätten, gegenüber dem «Kapitalismus» überzeugende geistige Gegenkräfte zu mobilisieren.

Diese Standpauke von Eduard März verdient auch hierzulande gehört zu werden. Um bei seinem Beispiel zu bleiben: Alle jene, die einst aus Protest gegen Amerikas Vietnam-Krieg auf die Strasse gingen, hüllen sich heute in peinliches Schweigen angesichts des vietnamesischen Flüchtlingselends und Völkermords in Kambodscha. Aber das ist ja nur *ein* Beispiel

für die Gespaltenheit linkssozialistischer Politik. Andere Beispiele liegen zum Greifen nah. Da gibt man sich möglichst antiautoritär. Aber man nimmt es als selbstverständlich, dass soziale Errungenschaften durch die – unentbehrliche – staatliche Autorität durchgesetzt werden. Man spendet «linken» Studenten, die Scheiben einschlagen und den öffentlichen Verkehr behindern, Beifall. Aber man protestiert, sobald ein Vermieter einen Mieter, ein Arbeitgeber einen Arbeiter vor die Türe setzt. Man ist gegen die Konsumgesellschaft; aber man ist selbstverständlich gegen Konsumsteuern. Bei Anlass von Grundsatzdiskussionen erfährt man jeweils, was die Linkssozialisten *nicht* wollen. Es ist ihnen bis heute nicht gelungen, die ihnen vorschwebende Gesellschaft in einigermaßen deutlichen Umrissen zu zeichnen. So kommen sie über das Negative, die Kritik an der gegenwärtigen Gesellschaft, nicht hinaus. Statt realistische und allgemeinverständliche Ideen zu produzieren, beschränken sie sich vornehmlich auf die Formulierung von Anklagen. Ihre Ideologie ist keine Kraft, die der sozialdemokratischen Ideenwelt Impuls verleihen könnte.

Wenn Peter Rüegg («Profil» 12/79) darauf hinweist, wie sehr die progressive Linke markantes Profil zeige, dynamische Politik betreibe und durch Aktivität auffalle, so sagt dies über den Inhalt der Politik noch nichts aus. Im übrigen dürfte es wohl Peter Rüegg nicht entgangen sein, mit welcher Zurückhaltung die Linke etwa im Kanton Zürich um die Sitze in Bern rang. Nichts war zu spüren von jener heroischen Konfrontationspolitik, wie sie zwischen den Wahlterminen in einzelnen Parteigremien und im «Volksrecht» zum guten Ton gehört. Der SP-Wahlkampf war beherrscht von der alles überstrahlenden Sonnenkönigin Emilie Lieberherr, die nicht nur den Ständeratssitz zu halten vermochte, sondern zum Stimmengewinn bei der Nationalratswahl beitrug. Wenn die SPS im letzten Wahlherbst erfolgreich war, so doch wohl nur bei den Ständeratswahlen. Wer aber wurde denn dort als Kampfkandidat ins Feuer geschickt? Es handelte sich doch durchwegs um Realpolitiker mit Augenmass, um sehr gemässigte Sozialdemokraten mit Sinn für das politisch Mögliche. Ist dies aber nicht ein Indiz dafür, dass diese dem «gouvernementalen Flügel der SP» (Rudolf Strahm «Profil» 11/79) angehörenden Vertrauensleute inbezug auf ihre Politik so schlecht nicht liegen?

Für eine neue Definition von Sozialdemokratie

Es sei mir gestattet, den in progressiven Kreisen nicht gerade populären Standpunkt zu vertreten, die Spannung zwischen Theorie und Praxis dürfe nicht zu gross sein. Die Geschichte der Sozialdemokratie lehrt uns, wie sehr ihr der Widerspruch zwischen revolutionärer Rhetorik und reformistischer Praxis immer wieder geschadet hat. Es ist sehr die Frage, ob es für das Selbstverständnis der Sozialdemokratie und im Interesse einer glaubwürdigen sozialdemokratischen Politik nicht besser wäre, wir würden unsere theoretischen Zielsetzungen etwas zurückhaltender formulieren.

«Small ist beautiful». Der Ruf nach *Rückkehr zum Mass* ist allgemein, vorerst einmal auf dem Gebiet der Wirtschaft und dann auf dem Gebiet der Ökologie. Warum soll dieser Ruf nicht auch für das Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis gelten?

So sollten wir einmal endgültig Abschied nehmen von der marxistischen Vorstellung, das heutige demokratische Staatswesen sei nur eine bürgerliche Herrschaftsform des Kapitals. Wir müssen vielmehr an den in der bürgerlichen Gesellschaft entwickelten demokratischen Grundprinzipien festhalten: freie Wahlen, Gewaltentrennung, Mehrparteiensystem, Unabdingbarkeit der Menschenrechte als oberste Gesetzesnorm (Organisations-, Gewissens-, Meinungsfreiheit). Dies alles gehört zur unverzichtbaren Grundlage jedes Fortschritts in einer sozialdemokratischen Gesellschaft. Diese Prinzipien dürfen nicht – wie in den kommunistischen Staaten – beseitigt werden, sondern sind im Gegenteil noch weiter auszubauen. Mit dieser liberalen Grundhaltung unterscheiden wir uns von jeder Art von «Sozialismen». Darum ist sozialdemokratische Gesellschaftspolitik nicht das gleiche wie eine sozialistische (was gerne übersehen wird). Auch Günther *Nenning* sieht in der Sozialdemokratie eine «stark reduzierte Form von Sozialismus»³; deshalb sollten wir uns nicht nur vor den Wahlen, sondern auch zwischen den Wahlterminen Sozialdemokraten und nicht Sozialisten nennen.

Der weitere Ausbau demokratischer Institutionen kann nur durch *Reformpolitik* erfolgen. Auch hier gilt es zu beachten, dass uns ein gewisses Mass gesetzt ist. Es dürfen Reformverständnis und Reformbereitschaft der Bevölkerung nicht einfach ausser acht gelassen werden. Ein Vorprellen mit Reformen, für die in der Bevölkerung Bewusstsein und Verständnis fehlen, verstärkt nur den Widerstand und führt statt zum Fortschritt zur Zementierung des bereits Erreichten.

Damit stellt sich gleich die Frage, wie weit unsere *Konfrontationspolitik* gehen soll und kann. Auch hier wäre für Mässigung zu plädieren. Konfrontation ist oft unausweichlich. Verfehlt ist aber die Tendenz, überall eifrig Feindbilder zu entwerfen, um dann neue Konfrontationen zu suchen. Nur eine auf *Konsens* bedachte Reformpolitik kann schliesslich erfolgreich sein. Der Vorsitzende der SPÖ-Parlamentsfraktion, Heinz *Fischer*, hat in der oben zitierten Schrift überzeugend ausgeführt:

«Die Idee einer vorgegebenen ‚sozialistischen Politik‘, die man nur konsequent genug verwirklichen muss, ist eine Fiktion. Sozialistische Politik in einer demokratischen Gesellschaft heisst, sich an bestimmten Grundwerten zu orientieren und bestimmte Interessen zu wahren, aber das wird immer ein sehr allmählicher Prozess in Form eines permanenten Dialogs mit den Betroffenen und der gesamten Öffentlichkeit sein.»

³ Günther Nenning «Realisten oder Verräter?» (Bertelsmann-Verlag).

Es ist interessant festzustellen, dass namhafte Marxisten zu dem gleichen Ergebnis kommen wie wir Nichtmarxisten. (Unter Marxisten verstehe ich natürlich nicht einfach Leute, die Sätze von Marx wiederkauen, sondern Marxisten sind für mich Sozialisten, die sich der wissenschaftlichen Methode von Karl Marx bedienen.)

So verweist Günther *Nenning* den Versuch, den gemässigten Sozialdemokraten als Verräter an der sozialistischen Bewegung zu bezeichnen, in den Bereich der «linksintellektuellen Psychopathologie» (a.a.O. S. 35). Er erinnert daran, dass Marx in jedem noch so kleinen Reformschritt den «Sieg eines Prinzips» sah. Nenning warnt vor jener «linken Kombination von ungeheuer viel Sozialismus und ungeheuer wenig Leuten, die für so viel Sozialismus sind». Der streitbare Marxist kommt zum Schluss, dass Sanftheit Stärke sei und dass dies eine Definition für Sozialdemokratie wäre.

Und in der Tat: Wer noch frei ist von jeder Art ideologischer Verkrampfung, aber auch über den Tellerrand blosser Tagespolitik hinausblickt, der kann wohl nicht übersehen, dass die Zahl kleiner Reformschritte mit der Zeit zur Stärke wird, indem dann das Quantitative in die Qualität umschlägt. Dies ist der sozialdemokratische Weg. Hier allein sehe ich die Chance für die Sozialdemokratie.

Die freiheitliche Komponente des sozialistischen Humanismus schliesst in der modernen Industriegesellschaft notwendigerweise den Marxismus als ideologisches Fundament aus. Denn so sehr es auch sein Verdienst war, die Selbstverwirklichung des Menschen vor allem als Akt der Befreiung von ökonomischen Abhängigkeiten verdeutlicht zu haben, so wenig neigt er zur Einsicht, dass die von ihm provozierten Kollektivformen noch drückendere Abhängigkeiten des Einzelmenschen, nämlich solche vom organisierten «Gemeinschaftsinteresse», zur Folge haben. Selbstverwirklichung bedeutet unter diesem Vorzeichen lediglich die totale und manipulierte Unterordnung in einem gesellschaftlichen System, welches subjektive geistige oder materielle Bedürfnisse als systemwidrig betrachtet.

Hans Litschauer

in «Kein Respekt vor Ideologen»